

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind heute außerordentlich eng und freundschaftlich. Für den Deutschen Bundestag ist dies eine auf harter Arbeit beider Seiten fußende historische Errungenschaft. Deutschland ist Freund und wichtiger Verbündeter des jüdischen und demokratischen Staates Israel und bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber Israel. Deutschland und Israel sind und bleiben auf besondere Weise durch die Erinnerung und das Gedenken an die Shoah verbunden. Hierin liegt auch die bleibende Verantwortung Deutschlands. Auch aus diesem Grund wird der Deutsche Bundestag seine Bemühungen fortsetzen, jedweder Form von Antisemitismus entschieden entgegen zu treten. Daher bekräftigt der Deutsche Bundestag die in dem Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ vom 17. Januar 2018 (Bundestagsdrucksache 19/444) festgeschriebenen Ziele. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit muss auch weiterhin mit aller Entschlossenheit und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegengetreten werden. Es darf nicht sein, dass die Zahl dieser Übergriffe weiter steigt und sich Juden ausgerechnet in Deutschland bedroht fühlen. Die Bekämpfung von Antisemitismus stellt nach wie vor eine herausragend wichtige Aufgabe bei der Bildungsarbeit dar. Auch die Integrationsarbeit erfordert neue Angebote der politischen und historisch-politischen Bildung. Denn eines ist klar: Wer in Deutschland leben will, und sei es nur vorübergehend, muss das Existenzrecht Israels anerkennen. Die Aktivitäten der BDS-Bewegung, die zum Boykott und zur Isolierung Israels aufruft, lehnt der Deutsche Bundestag entschieden ab.

Die einzigartigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind und bleiben einer der entscheidenden Grundpfeiler der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Der besondere Wert der heutigen deutsch-israelischen Beziehungen liegt darin, dass Deutschland mit Israel den einzigen Sicherheitspartner im Nahen Osten hat, der europäische Werte lebt.

Israels Existenzrecht und Sicherheit sind für uns nicht verhandelbar. Der Deutsche Bundestag bekräftigt das Bekenntnis von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei ihrer Rede vor der Knesset im März 2008: Das Eintreten für die sichere Existenz Israels ist Teil der „deutschen Staatsräson“ und „niemals verhandelbar“. Dies verleiht den Beziehungen zwischen den beiden Staaten einen einmaligen Charakter.

Zugleich bleibt der Deutsche Bundestag davon überzeugt, dass die nachhaltige Sicherheit Israels langfristig nur im Rahmen einer Zweistaatenlösung garantiert sein kann.

Weitere Schritte zur Beendigung des Konflikts müssen einvernehmlich in der Region unter Berücksichtigung auch der Vorgaben des Völkerrechts entwickelt werden. Deutschland tritt entschieden für die Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und in Frieden ein – einem jüdischen und demokratischen Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, wie dies 2015 der damalige Bundesminister des Auswärtigen und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Rede anlässlich des 50. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Ausdruck brachte, indem er feststellte, dass Israels Sicherheit für Deutschland historisches Gebot und unverbrüchlicher Teil unserer Freundschaft sei und es nachhaltige Sicherheit für das jüdische und demokratische Israel nicht ohne einen lebensfähigen und demokratischen palästinensischen Staat geben werde.

Die EU und Israel sind aufgerufen, im Geiste eines gemeinsam zu gestaltenden Raums der Sicherheit und der gemeinsamen Werte Initiativen zu ergreifen, um beiderseitigen Interessen noch besser gerecht zu werden. Ein engerer Dialog sollte Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit umfassen, wie einer GSVP-Assoziierung (GSVP: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) für Drittstaaten im Mittelmeerraum beispielsweise für gemeinsamen Lagebildaustausch, Training und Übungen.

Israel ist heute einer Vielzahl von Krisen und Bedrohungen in der unmittelbaren und weiteren Nachbarschaft ausgesetzt. Auch aus Verantwortung gegenüber Israel wird Deutschland sich nach Kräften dafür einsetzen, die Konflikte einer gemeinsamen Bewertung zuzuführen, den Austausch darüber bilateral zu intensivieren, um zur Befriedung der Region beizutragen und das Bedrohungspotenzial gegenüber Israel abzubauen.

Hierbei richtet sich der besondere Blick auf die aggressive Rhetorik und das destabilisierende Wirken des Iran, der das Existenzrecht Israels nach wie vor offen in Frage stellt. Mit dem am 14. Juli 2015 unterzeichneten Nuklearabkommen, dem sogenannten „JCPOA“, ist es den Verhandlern der Staaten der E-3 (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) sowie der Vereinigten Staaten von Amerika, Russlands und Chinas und der EU gelungen, die Gefahr der nuklearen Bewaffnung des Irans künftig maßgeblich einzudämmen und die regionale Sicherheit zu erhöhen. Es bleibt ein Kernanliegen Deutschlands, dass der Iran seinen negativen regionalen Einfluss und insbesondere seine Unterstützung von Organisationen und Strukturen beendet, die das Existenzrecht Israels bedrohen. Dies gilt im Besonderen für die schiitische Hisbollah-Miliz.

Zugleich gibt es positive Entwicklung bei der wechselseitigen Annäherung zwischen Israel und wichtigen Staaten der arabischen Welt, insbesondere zu Ägypten und Jordanien, aber auch zu Staaten auf der arabischen Halbinsel, allen voran zu Saudi-Arabien. Diese Entwicklungen haben das Potenzial, die Sicherheit und das Zusammenleben in der Region zu verbessern. Diese Bemühungen erhalten die ausdrückliche Unterstützung Deutschlands. Israel und Deutschland verbindet das große Sicherheitsinteresse an der Stabilität Jordaniens. Daher bezieht der Deutsche Bundestag bei der Entscheidungsfindung zur Stationierung von Soldaten und Aufklärungsflugzeugen zur Teilnahme an der Anti-IS-Koalition mit ein, dass ein deutscher Beitrag für die Stabilität Jordaniens gleichzeitig ein Beitrag für die Sicherheit Israels ist.

Zudem leistet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit durch die Schaffung von wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven und die Stärkung der Infrastruktur in den Palästinensischen Gebieten und den Nachbarländern Israels einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der Region.

Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen stellt der Deutsche Bundestag angesichts des 70. Jahrestags der Staatsgründung Israels fest, dass die beiden Staaten heute durch ein herausragend dichtes Netz politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und zivilgesellschaftlicher Kontakte verbunden sind. Dieses gilt es zu bewahren

und weiter auszubauen. Der Deutsche Bundestag gedenkt dem 12. Mai 1965 als historischem Datum in der Geschichte zwischen Deutschland und Israel: An diesem Tag wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen.

Den Weg dorthin haben nicht nur zahlreiche engagierte Wissenschaftler und Historiker geebnet, die Deutsche und Israelis schon in den frühen 1950er Jahren wieder ins Gespräch gebracht haben, sondern auch das als „Wiedergutmachungsabkommen“ bekannte Luxemburger Abkommen vom 18. März 1953, das von der ersten CDU/CSU-geführten Regierung Konrad Adenauers verhandelt und mit Unterstützung der Stimmen der Fraktion der SPD vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurde.

Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah war der Schritt zur Normalisierung der Beziehungen alles andere als selbstverständlich. Israel wurde zum Zufluchtsort und zur neuen Heimat vieler Menschen, die das Grauen der Shoah in Europa erlebt hatten. Das uneingeschränkte Bekenntnis des damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss zur „Kollektivscham“ der Deutschen war ein erster Schritt zur gegenseitigen Wiederannäherung. Der Weg zur heutigen engen Freundschaft und Partnerschaft bleibt eine historische Errungenschaft, ebenso wie die Tatsache, dass sich seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen die deutsch-israelischen Beziehungen kontinuierlich vertieft haben. Dieses Geschenk ist uns gleichzeitig Verpflichtung. Deshalb gilt es, diesen Weg weiter zu beschreiten. Heute wissen wir, dass uns neben der Vergangenheit auch aktuelle und zukünftige Interessen einen.

Der zivilgesellschaftliche Austausch zeigt sich unter anderem in den vielfältigen Jugendaustausch- und Berufsbildungsprogrammen und in der wachsenden Zahl deutscher und israelischer Auszubildenden sowie Studierenden, die im jeweils anderen Land lernen und studieren, sowie in der großen Zahl von Forschungs- und Wissenschaftskooperationen. In besonderer Weise tragen auch Literaturübersetzungen zum gegenseitigen Verständnis bei. Als gemeinsame Initiative der deutschen und israelischen Regierung ist der Deutsch-Hebräische Übersetzerpreis zum 50. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern ins Leben gerufen worden. Der gegenseitige Austausch zeigt sich auch in den stetig wachsenden Zahlen an Touristen, die das jeweils andere Land kennenlernen und entdecken wollen, in den nahezu 100 Städtepartnerschaften und einem regen zivilgesellschaftlichen Austausch, zu dem auch deutsche politische Stiftungen oder Einrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten, aber auch in den zahlreichen Unternehmenskontakten, die sich gerade in den letzten Jahren aufgebaut haben. Hierbei spielt der zukunftsweisende und Wohlstand schaffende Hochtechnologiesektor eine tragende Rolle, bei dem Israel und Deutschland zu weltweiten Vorreitern gehören. Daher will der Deutsche Bundestag die Cyberzusammenarbeit und in der Zeit wachsender Bedrohungen und Angriffe im Cyberraum auch den Austausch über Verteidigungsfähigkeiten mit Israel vertiefen. Auch der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit kommt weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

Wichtiges Standbein für den deutsch-israelischen Austausch auf Regierungsebene sind die seit 2008 regelmäßig tagenden Regierungskonsultationen. Diese gilt es, auszubauen und mit neuem Leben zu füllen. Die parlamentarischen Beziehungen werden unter anderem durch Ausschusstreffen oder die bilateralen Parlamentariergruppen auch weiterhin gepflegt.

Die Qualität und Intensität der Beziehungen Deutschlands zu Israel sind Ansporn und Verpflichtung zugleich. Der Deutsche Bundestag wird sich dafür einsetzen, die enge Partnerschaft zukunftsfest zu machen und auch für kommende Generationen als einzigartiges Vermächtnis zu erhalten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen zwischen Deutschland und Israel weiter zu erhalten, zu vertiefen, auszubauen und zu fördern;
 2. weiterhin für die Existenz und die legitimen Sicherheitsinteressen des Staates Israel als ein zentrales Prinzip der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik aktiv einzutreten;
 3. sich weiter für eine Lösung des Nahostkonflikts auf Basis einer Zweistaatenlösung einzusetzen, einem jüdischen und demokratischen Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie einem unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben;
 4. hierbei insbesondere den Kräften im Nahen und Mittleren Osten entgegenzuwirken, die das Existenzrecht Israels mit teils aggressiver Rhetorik in Frage stellen oder die Sicherheit Israels offen bedrohen;
 5. Israel und legitime Interessen Israels in internationalen Organisationen vor einseitigen Angriffen zu schützen;
 6. dafür Sorge zu tragen, dass die Erinnerung an die Shoah und die damit einhergehende historische Verantwortung in der Bevölkerung, und insbesondere unter jüngeren Deutschen, sowie unter neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern weiterhin fortbesteht. Es darf kein Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen werden. Hierzu das Gedenken an den Holocaust wachzuhalten und die Vermittlungsarbeit der Erinnerungseinrichtungen, der NS-Gedenkstätten sowie der zivilgesellschaftlichen Bildungsträger zu stärken. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, von großer Bedeutung;
 7. das wiederentstandene vielfältige jüdische Leben als wichtigen Bestandteil des heutigen Deutschlands zu würdigen, zu schützen und zu fördern, und sich somit auch in Zukunft stets entschlossen und mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats dem Antisemitismus, ob in Deutschland, Europa oder in anderen Teilen der Welt, entschieden entgegenzustellen. Der Geschichts- und Religionsunterricht in den Schulen, für den die Länder die alleinige Verantwortung tragen, muss diesem Auftrag weiterhin gerecht werden. Dies gilt ebenso für die Träger der außerschulischen Bildung, insbesondere der politischen und historisch-politischen Bildung, die nicht zuletzt mit Blick auf die Integration hier ankommender Menschen entsprechend ausgestattet sein müssen. Gerade bei Menschen, die keine fundierte geschichtliche Bildung genossen haben oder wenn Bildungspläne in den Heimatstaaten bewusst geschichtsverklärend sind oder sogar falsche historische Informationen verbreiten, muss geschichtliche Bildung über die Shoah und die deutsche historische Verantwortung wichtiger Bestandteil sein. Auch dem neu geschaffenen Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu;
 8. die vorbildliche zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel zu erhalten und fortzuentwickeln und insbesondere tri- und multilaterale wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltiges Wirtschaften zu intensivieren. Dabei sollten insbesondere die Kooperationen zwischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen sowie zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter ausgebaut und die Zusammenarbeit im Hochtechnologiebereich sowie Kooperationen im Kulturbereich intensiviert werden;

9. auch weiterhin Initiativen und Projekte zu fördern, bei denen sich Deutschland und Israel gemeinsam in anderen Ländern auf der Welt engagieren. Dies ist ein wichtiges Zeichen, dass die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit beider Länder auch über das bilaterale Verhältnis hinaus positive Wirkungen zeigt und Entwicklungsperspektiven für andere bietet;
10. den deutsch-israelischen Jugendaustausch zu einem Jugendwerk mit bilateralen Strukturen auszubauen und mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit interessierten Jugendlichen ein Austausch ermöglicht wird.

Berlin, den 24. April 2018

Volker Kauder, Alexander Dobrindt und Fraktion

Andrea Nahles und Fraktion

Christian Lindner und Fraktion

